



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

TEN/624
Paket „Saubere Energie für alle“

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank – Saubere Energie für alle Europäer
[COM(2016) 860 final]

Berichterstatter: **Ulrich SAMM**
Mitberichterstatter: **Toni VIDAN**

Befassung	Europäische Kommission, 17/02/2017
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständige Fachgruppe	Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft
Annahme in der Fachgruppe	11/04/2017
Verabschiedung auf der Plenartagung	26/04/2017
Plenartagung Nr.	525
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	136/0/2

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Der EWSA begrüßt das Paket „Saubere Energie“, das zum Ziel hat, die Umstellung der EU-Wirtschaft auf saubere Energie zu beschleunigen und zu festigen, während gleichzeitig an den wichtigen Zielen des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums festgehalten wird.
- 1.2 Diesem Paket zufolge sollen die Bürger im Mittelpunkt der Energieunion stehen, was bedeutet, dass sie aktiv in den Wandel einbezogen werden und dass vor allem über geeignete politische Rahmenbedingungen erschwingliche Energie für die gesamte Gesellschaft einschließlich der schutzbedürftigen Gruppen sichergestellt wird. Der EWSA unterschreibt diese Grundsätze, hegt aber Zweifel, ob die Rechtsetzungsvorschläge letztlich wirklich geeignet sind, sie umzusetzen.
- 1.3 Der EWSA betont, dass „saubere Energie“ nicht nur dem Weltklima zugutekommt, sondern vor allem der Luftqualität vor Ort, wodurch eine bessere und gesündere Umwelt für alle erreicht wird.
- 1.4 Das Paket ist Teil der Umsetzung der Klimaschutzverpflichtungen der EU im Rahmen des Übereinkommens von Paris 2015. Dabei spielen Erneuerbare-Energien-Technologien sowie Energieeffizienz-Produkte und -Dienstleistungen eine wichtige Rolle, wobei wir allerdings noch weit von fairen Ausgangsbedingungen entfernt sind, unter denen die erneuerbaren Energieträger ohne besondere Förderung im Wettbewerb bestehen könnten.
- 1.5 Der EWSA begrüßt die verschiedenen Bestandteile des Pakets, die Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden, Öko-Design, den Strommarkt und den Verkehrssektor behandeln, als Schritte in die richtige Richtung. Er sieht allerdings mit Sorge, dass das Paket zwar einen großen Fortschritt darstellt, aber immer noch enorme Anstrengungen erforderlich sind, um auf dem Energiemarkt für alle Teilnehmer zufriedenstellende gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen und gleichzeitig die Umstellung auf eine Niedrigemissionswirtschaft sicherzustellen.
- 1.6 Der EWSA begrüßt, dass in dem Paket ein sehr optimistisches Bild gezeichnet und von vergleichsweise positiven Annahmen hinsichtlich des Anstiegs der Industrieproduktion aufgrund des Einsatzes von Erneuerbare-Energien- und Energieeffizienz-Technologien und der Schaffung von Arbeitsplätzen ausgegangen wird. Er gibt indes zu bedenken, dass der Wandel auch ernste Risiken und Gefahren birgt, zumal, wenn er zu rasch oder zu langsam vonstattengeht und nicht auf einer integrierten Planung beruht. Sowohl den Chancen als auch den Risiken muss angemessen Rechnung getragen werden.
- 1.7 Vor allem bedarf die enorme Aufgabe der wirtschaftlichen Umstrukturierung von Regionen, die gegenwärtig überwiegend von der Kohleindustrie abhängen, sehr viel mehr Überlegung, als dies in dem Paket der Fall ist.
- 1.8 Der Europäische Rat hat ein Ziel von mindestens 27 % für den Anteil der erneuerbaren Energien gesetzt, die im Jahr 2030 in der EU verbraucht werden. Dieses Mindestziel ist verbindlich auf EU-Ebene, wird aber nicht in verbindliche Ziele auf nationaler Ebene übertragen. Der EWSA bedauert, dass es unter den Mitgliedstaaten bislang keinen Konsens über eine gemeinsame Energiepolitik und insbesondere nationale Ziele gibt. Die Kommission möchte

dieses Problem durch einen Governance-Mechanismus in Form von integrierten nationalen Energie- und Klimaplänen lösen, in deren Rahmen sich die Mitgliedstaaten zu Beiträgen verpflichten.

- 1.9 Der EWSA erachtet den Vorschlag für eine Governance-Verordnung als schwierigsten und wichtigsten Teil des Pakets „Saubere Energie“. Er hegt große Vorbehalte gegen die vorgeschlagene Verordnung. Letztlich hängen der Inhalt der nationalen Pläne und die Beiträge der Mitgliedstaaten von einer zufriedenstellenden Einigung mit der Kommission ab, die im Wege von Konsultationen, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Einflussnahme und Konformitätsdruck erreicht werden soll. Insbesondere gibt es keine detaillierte Beschreibung der anderen „Maßnahmen“ neben dem finanziellen Beitrag zu einer EU-Finanzierungsplattform, auf die die Europäische Kommission zurückgreifen kann, wenn die allgemeinen Ziele nicht erreicht werden.
- 1.10 Der EWSA befürwortet nachdrücklich das Leitprinzip des Vorschlags „Energieeffizienz zuerst“. Indes kann mit Energieeffizienz zwar die europäische Wirtschaft modernisiert, nicht aber Energiearmut beseitigt werden. Anderslautende Behauptungen sind irreführend, da Energieeffizienz Investitionen erfordert, die sich schutzbedürftige Verbraucher womöglich nicht leisten können.
- 1.11 Der EWSA nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission nun, wie vom EWSA bereits 2013 gefordert, eine Beobachtungsstelle für Energiearmut einrichten wird, der eine Schlüsselfunktion im Rahmen eines umfassend koordinierten Ansatzes zur Eindämmung der Energiearmut über u. a. Sozialtarife, Armutsbekämpfungsmaßnahmen, Verbraucherberatung oder Energieeffizienzmaßnahmen zukommen könnte.
- 1.12 Der EWSA fragt sich, ob die finanziellen Grundlagen des Pakets in Anbetracht der öffentlichen Sparmaßnahmen und des verhaltenen Wachstums in der ganzen EU solide genug sind und ob die vorgesehenen EU-Mittel (mitsamt der dadurch angeschobenen Investitionen) ausreichen werden, um die Ziele zu erreichen.

2. **Einleitung**

- 2.1 In dieser Stellungnahme wird das Paket „Saubere Energie für alle Europäer“ aus einer übergeordneten Perspektive erörtert, während die Einzelteile des Pakets zu verschiedenen Legislativvorschlägen betreffend Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, Strommarktdesign, Versorgungssicherheit und Governanceregeln für die Energieunion Gegenstand weiterer Stellungnahmen sind (TEN/617, TEN/618, TEN/619, TEN/620, TEN/621, TEN/622, TEN/623, TEN/625, NAT/702).
- 2.2 Das Paket „Saubere Energie“ war ursprünglich gar nicht als Paket, sondern als eine Vorschlagsreihe geplant. Auf der einen Seite befürwortet der EWSA den Beschluss, die ineinandergreifenden Vorschläge in einem Paket zu bündeln, auf der anderen Seite jedoch kritisiert er den schieren Umfang des 1 000 Seiten starken Pakets, der die Einbeziehung der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in die Prüfung und eingehende Erörterung des Vorschlags erschwert.

2.3 Es muss bedacht werden, dass das Projekt Energieunion schon vor geraumer Zeit aufgelegt wurde und, motiviert durch die entscheidenden Anliegen Klimaschutz und ausreichende Verfügbarkeit von Brennstoffen, auch schon einschlägige Pakete (bspw. zur Erdgasversorgungssicherheit) veröffentlicht worden sind.

2.4 Das Paket „Saubere Energie“ erstreckt sich über alle fünf Dimensionen der Energieunion:

- Energiesicherheit
- Energiebinnenmarkt
- Energieeffizienz
- Dekarbonisierung
- Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

2.5 Die Mitteilung „Saubere Energie für alle Europäer“ bietet auch eine Vision bzw. ein Narrativ für die Energieunion.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

3.1 Mit dem Paket soll die Umstellung auf saubere Energie beschleunigt werden, während gleichzeitig an den wichtigen Zielen des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums in Europa festgehalten wird. Die wichtigsten Beweggründe für dieses Paket sind:

- Das erste globale Klimaschutzübereinkommen (Paris, 2015) trat am 4. November 2016 in Kraft. Die Umsetzung der ehrgeizigen Zusagen der EU hängt weitgehend von einer erfolgreichen Umstellung auf ein sauberes Energiesystem ab.
- Der Energiesektor ist von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft. Energieeffizienz ist deshalb entscheidend für Fortschritte in den anderen Sektoren der Wirtschaft. Die Entwicklung von Erneuerbare-Energien-Technologien sowie von Produkten und Dienstleistungen zur Verbesserung der Energieeffizienz hat zur Entstehung neuer Unternehmen in ganz Europa geführt, während andere Geschäftsmodelle in der Energiewirtschaft zunehmend mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. EU-Maßnahmen müssen zum Ziel haben, netto neue und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und den Erfolg von EU-Unternehmen abzusichern.
- Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, den Menschen in Europa die Vorteile der Umstellung auf ein sauberes Energiesystem zu vermitteln. In Anbetracht der großen Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten und der erforderlichen Teilhabe der gesamten Gesellschaft, auch der schutzbedürftigen Gruppen, ist dies eine große Herausforderung.

3.2 Wie aus diversen einschlägigen Stellungnahmen zu ersehen ist, unterstützt der EWSA diesen strategischen Ansatz¹.

¹

[ABl. C 383 vom 17.11.2015, S. 84](#), [ABl. C 264 vom 20.7.2016, S. 117](#), [ABl. C 291 vom 4.9.2015, S. 8](#), [ABl. C 82 vom 3.3.2016, S. 13](#), [ABl. C 82 vom 3.3.2016, S. 22](#), [ABl. C 487 vom 28.12.2016, S. 75](#); [ABl. C 303 vom 19.8.2016, S. 1](#).

- 3.3 Der EWSA begrüßt dieses Paket aus Rechtsvorschlügen und flankierenden Maßnahmen, die darauf abheben, die Umstellung der EU-Wirtschaft auf saubere Energie zu beschleunigen und zu festigen. Insbesondere ist er erfreut, dass der Wärme- und Kälteerzeugung und dem Verkehrssektor darin ebenso viel Gewicht eingeräumt wird wie der Stromerzeugung.
- 3.4 Der EWSA stellt fest, dass die Kommission in ihrer Mitteilung „Saubere Energie für alle Europäer“ ein optimistisches Bild zeichnet und von vergleichsweise positiven Annahmen hinsichtlich des Anstiegs der Industrieproduktion und der Schaffung von Arbeitsplätzen ausgeht. Der EWSA nimmt dies zu Kenntnis und räumt ein, dass positive Signale dieser Art notwendig sind, um die Dynamik eines für manche schwierigen Wandels aufrechtzuerhalten.
- 3.5 Der EWSA gibt indes zu bedenken, dass die Energiewende eine enorme Herausforderung für Europa darstellt, die ernste Risiken und Gefahren birgt, vor allem, wenn sie zu schnell oder zu langsam und ohne integrierte Planung vonstattengeht. Besonders besorgniserregend sind die ausgeprägten wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, mit denen sich die neue Governance-Verordnung befassen soll. Nach Meinung des EWSA kann die Energiewende nur dann zum Erfolg geführt werden, wenn Chancen und Risiken sorgfältig abgewägt werden.

4. **Governance der europäischen Energieunion – ein entscheidender Aspekt**

- 4.1 Während die Mitgliedstaaten sich auf nationale Beiträge zu Energieeffizienz und erneuerbarer Energie bis 2020 festgelegt haben, gibt es für 2030 keine entsprechenden indikativen Zielwerte.
- 4.2 Der Europäische Rat hat ein Ziel von mindestens 27 % für den Anteil der erneuerbaren Energien gesetzt, die im Jahr 2030 in der EU verbraucht werden. Dieses Mindestziel ist verbindlich auf EU-Ebene, wird aber nicht unmittelbar in verbindliche Ziele auf nationaler Ebene übertragen. Der EWSA fordert eine deutliche Unterstützung derjenigen Mitgliedstaaten, die sich die ehrgeizigsten Ziele gesetzt haben.
- 4.3 In der vorgeschlagenen **Verordnung über das Governance-System der Energieunion** (siehe TEN/617) werden nun die Anforderungen für die integrierten nationalen Energie- und Klimapläne, die an die Stelle separater Pläne für Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger treten, sowie ein gestrafftes Verfahren für deren Aufstellung und Überprüfung festgelegt. Governance impliziert die Erfüllung verbindlicher Anforderungen in Bereichen nationaler Souveränität und ist deshalb ein heikles Unterfangen, zumal im Energiebereich, wo die Gegebenheiten und politischen Standpunkte der Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich sind.
- 4.4 Der EWSA bezweifelt, dass das Governance-System geeignet ist, Anforderungen durchzusetzen und konkrete Ergebnisse zu liefern. Es stützt sich zu sehr auf Konsultationen und Konformitätsdruck anstatt auf klare Regeln. Es herrscht Klärungsbedarf, inwiefern die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten zur Durchführung der „erforderlichen Maßnahmen“ bewegen kann, „falls die Kommission feststellt, dass es hinsichtlich des Anspruchs und der Umsetzung, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, Defizite gibt“. Auch muss über die Ausgestaltung und Funktionsweise der

„Finanzierungsplattform“ als eine Art Sanktion bei einem eventuellen Defizit bei der Bereitstellung erneuerbarer Energie Aufschluss gegeben werden.

- 4.5 Der EWSA ist insbesondere enttäuscht, dass die in dem Verordnungsvorschlag vorgesehene „Konsultation der Öffentlichkeit“ relativ konturlos ist und weit hinter dem vom EWSA vorgeschlagenen umfassenden europäischen Energiedialog abfällt. Um Vertrauen und Engagement der Bürger sicherzustellen, muss solch ein Dialog unabhängig von den Regierungen und dem Verfahren der nationalen Energie- und Klimapläne geführt werden. Er sollte darauf abheben, Verbraucher zu informieren, Energieversorger einzubeziehen, Vertrauen zu bilden und eine Plattform für die zahlreichen Anliegen verschiedener Gruppen wie Sicherheit, Erschwinglichkeit und Nachhaltigkeit der Energieversorgung zu bieten.
- 4.6 Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip und zur Ausschöpfung des Potenzials der ihrem Wesen nach dezentralen und flexiblen Energieeffizienz und Erneuerbare-Energien-Technologien sollte ein immer größerer Teil der energiepolitischen Gestaltungsarbeit und Entscheidungsfindung von der Ebene der Mitgliedsstaaten auf die Ebene der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften verlagert werden. Die EU, die Mitgliedstaaten und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sollten in Zusammenarbeit mit der organisierten Zivilgesellschaft, die eine umfassende öffentliche und gesellschaftliche Teilhabe sicherstellt, diese Verlagerung unterstützen, beschleunigen und auf eine koordinierte, für die Verbraucher und Gesellschaft möglichst vorteilhafte Weise umsetzen.

5. **Energieeffizienz – ein enormes Energiesparpotenzial**

- 5.1 Die Verbesserung der Energieeffizienz in allen Bereichen (Energieerzeugung, Verarbeitungsindustrie, Verkehr, Elektrizität, Wärmeerzeugung, Kälteerzeugung und Mobilität) ist für das künftige Energiesystem Europas maßgeblich. Der EWSA begrüßt, dass Energieeffizienz im Rahmen der politischen Maßnahmen der EU stärker berücksichtigt werden soll und dass die neuen Initiativen nun auch die Wärme- und Kälteerzeugung und den Verkehrssektor umfassen, was überfällig ist (siehe Stellungnahme TEN/618 zur **Energieeffizienzrichtlinie**).
- 5.2 Mit der alleinigen Verbesserung der Energieeffizienz – selbst im denkbar größten Ausmaß – können die energiebezogenen Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Versorgungssicherheit oder Armut nicht gelöst werden. Sie kann aber einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Probleme leisten. Energieeffizienzverbesserungen können zu einer Senkung des Energieverbrauchs führen und somit selbst bei steigenden Energiepreisen den Energiekostenanstieg aufhalten oder rückgängig machen.
- 5.3 Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Energieeffizienzsteigerungen immer Investitionen voraussetzen. Energieeffizienzverbesserungen führen daher nicht notwendigerweise zu Kostensenkungen für die Verbraucher oder die Industrie, wie in der Mitteilung mehrfach geltend gemacht wird. Sie führen indes immer zu Energieverbrauchssenkungen und wirken sich daher positiv auf das Klima aus. Eine positive Auswirkung auf die Energierechnung hängt jedoch wesentlich davon ab, inwieweit die

Investitionskosten durch die eingesparten Energiekosten ausgeglichen werden. Der EWSA würde eine realistischere und kritischere Berücksichtigung dieses Sachverhalts begrüßen.

- 5.4 Der EWSA begrüßt die Änderung der **Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden** (TEN/620). Die Heizung und Kühlung von Gebäuden ist außerordentlich wichtig und macht derzeit 40 % des Gesamtenergieverbrauchs aus. Energieeinsparungen in diesem Bereich werden durch Sanierung und Neubauten erreicht. Für beides sind umfangreiche Investitionen erforderlich. Da die Sanierungsquote und Neubauquote im Gebäudebestand derzeit jährlich bei nur 0,4 %-1,2 % liegen, müssen diese Prozesse selbstredend beschleunigt werden.
- 5.5 Die Mitgliedstaaten müssen einen Fahrplan mit klaren Etappenzielen und Maßnahmen zur Umsetzung des langfristigen Ziels der Dekarbonisierung des nationalen Gebäudebestands bis 2050 aufstellen und darin spezifische Teilziele bis 2030 festlegen.
- 5.6 Der EWSA stellt enttäuscht fest, dass die weniger ehrgeizige Maßnahmenoption mit weniger Energiesparpotenzial gewählt wurde. Er ist sich im Klaren darüber, dass der politische Wille der Mitgliedstaaten, in diesem Bereich Verbesserungen zu erzielen, nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, obwohl in der Energieeffizienz von Gebäuden das größtmögliche Potenzial ruht.
- 5.7 Der EWSA begrüßt das von der Kommission vorgeschlagene breite Spektrum neuer Finanzinstrumente. Finanzinstrumente zur Renovierungsförderung sind wichtig, vor allem auch, um privaten und nicht kommunalen Vermietern von Sozialwohnungen einen Anreiz zur Investition in Altbausanierung zu bieten.
- 5.8 Die Eigentümer oder Mieter neuer oder renovierter Gebäude profitieren nicht nur von einer Senkung ihres Energieverbrauchs, sondern auch von einer Steigerung ihres Komforts und ihrer Lebensqualität. Leider wird häufig insofern ein Rebound-Effekt erzeugt, als die Energiekosteneinsparungen leicht durch Mieterhöhungen für renovierten Wohnraum zunichtewerden. In der Mitteilung hingegen werden die Kosteneinsparungen eher optimistisch gesehen. Der EWSA empfiehlt eine kritischere Auseinandersetzung mit dieser Problematik. Ohne Anlegen wirtschaftlicher und sozialer Kriterien wird eine neue Form der Armut älterer Generationen entstehen.
- 5.9 Der EWSA begrüßt die Initiative im Rahmen der Richtlinie, für einen Großteil von neuen Gebäuden die Installation von Ladestationen für Elektrofahrzeuge vorzuschreiben. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die künftige Steigerung der Stromnachfrage eine gemeinsame und koordinierte Planung mit den Stromversorgungsunternehmen erfordert, die zusätzlich vorab in Hochleistungstransformatoren in der Nähe von Wohngebieten investieren müssen.
- 5.10 Der EWSA ist überzeugt, dass aufgrund des kontinuierlichen technologischen Fortschritts immer energieeffizientere Verkehrssysteme und die Entwicklung **kooperativer intelligenter Verkehrssysteme** einen großen Beitrag zu den Energiesparbemühungen in Europa leisten werden (TEN/621). Das neue **Ökodesign-Arbeitsprogramm im Rahmen der Ökodesign-**

Richtlinie (NAT/702) ist ein wichtiger Baustein für den gemeinsamen europäischen Markt und trägt zur Förderung von Produkten mit hoher Energieeffizienz und zur Unterstützung der Kreislaufwirtschaft bei.

6. **Verbraucher – Mittelpunkt der Energieunion**

- 6.1 Der EWSA begrüßt, dass die Europäische Kommission die Verbraucher in den Mittelpunkt der Energieunion stellen will. Im heutigen Alltag benötigen alle Bürger ein Mindestmaß an Energie für Verkehr, Wohnung, Kommunikation und allgemeinen Konsum. Energie darf deshalb nicht zum Luxusgut werden. Das häufig angeführte Phänomen der Energiearmut ist zwar nicht klar definiert, steht jedoch für eine Entwicklung, bei der schutzbedürftige Bürger immer größere Schwierigkeiten beim Zugang zu einer Mindestversorgung mit Energiediensten haben. Der EWSA fordert, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Energiepolitik entsprechend anzupassen.
- 6.2 Dank des technologischen Fortschritts sind die Energieerzeugungskosten in den vergangenen Jahren gesunken. Den Verbrauchern ist dies jedoch nicht zugutegekommen, da die Kostensenkungen häufig durch Steuern, Netzkosten usw. aufgewogen wurden. Dies ist ein echtes Problem, das Energiearmut verschärft.
- 6.3 Der EWSA ist nicht der Meinung, dass „Energieeffizienz eine der besten Möglichkeiten ist, den Ursachen von Energiearmut zu begegnen“. Der Begriff der „Energiearmut“ kam mit dem Steilanstieg der Energiepreise auf. Hauptursache dieser speziellen Form der Armut sind daher die hohen Energiepreise, auf die sämtliche Maßnahmen zur Unterstützung der schutzbedürftigen Mitglieder der Gesellschaft vorrangig abheben sollten. Selbstredend sind auch Effizienzverbesserungen hilfreich, setzen jedoch unvermeidlich umfangreiche Investitionen voraus, die gerade schutzbedürftige Verbraucher nicht ohne Weiteres tätigen können (siehe TEN/518).
- 6.4 Der EWSA nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission nun, wie vom EWSA bereits 2013 in seiner Stellungnahme TEN/516 zur Energiearmut gefordert, eine Beobachtungsstelle für Energiearmut einrichten wird, die sich zunächst vor allem damit befassen sollte, europäische Indikatoren für Energiearmut festzulegen. Dies könnte entscheidend dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten sich auf einen umfassend koordinierten Ansatz zur Eindämmung der Energiearmut einigen und dabei die Rolle und Wirkung verschiedener Instrumente wie u. a. von Sozialtarifen, Armutsbekämpfungsmaßnahmen, Verbraucherberatung oder Energieeffizienzmaßnahmen berücksichtigen.
- 6.5 Der EWSA betont, dass saubere Energie neben den in der Mitteilung beschriebenen Nutzeffekten (Energiesicherheit, Energieeffizienz und Dekarbonisierung) auch erhebliche gesundheitliche Vorteile für alle Bürger bringt.
- 6.6 Das Paket bietet den Bürgern nur eine begrenzte Mitwirkung an der Gestaltung der Entscheidungen, die ihren Alltag und ihre Existenzgrundlage bestimmen werden. Es ist nicht klar, ob die Grundsätze eines Energiedialogs, der zu einer sinnvollen Partizipation führt, derzeit und künftig in der gesamten Union angewendet werden (siehe auch TEN/617). Ein solcher

Dialog erfordert die Sicherstellung gleicher Ausgangsbedingungen, auch auf institutioneller Ebene.

- 6.7 Der EWSA begrüßt die Anerkennung der immer wichtigeren Rolle der Bürger, die als Prosumenten am Strommarkt teilnehmen. Es ist ein neues Markt-Design erforderlich, das die dezentrale Struktur der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern berücksichtigt und wirklich die Verbraucher und Bürger in den Mittelpunkt der europäischen Energiepolitik stellt.
- 6.8 Der EWSA unterstützt das Konzept der Bürgerenergie, das auf einem Geschäftsmodell gründet, bei dem die Bürger an ihrem Wohnort gemeinsam Eigentümer von Erneuerbare-Energien-Anlagen sind oder Energieeffizienzprojekte durchführen. Die Rechtsvorschriften in dem neuen Paket sollten Initiativen dieser Art so weit wie möglich fördern.

7. **Erneuerbare Energien – ein neuer Markt**

- 7.1 Generell befürwortet der EWSA das Ziel der **Erneuerbare-Energien-Richtlinie** (TEN/622), dass erneuerbare Energieträger (EE) in Anbetracht der gesunkenen Kosten der regenerativen Stromerzeugung stärker in den Markt integriert werden müssen.
- 7.2 Allerdings befürchtet der EWSA, dass die gleichen Ausgangsbedingungen, unter denen die erneuerbaren Energieträger ohne Förderung wettbewerbsfähig wären, noch in weiter Ferne liegen. Es bleibt noch viel zu tun, bis die enormen, durch Subventionen, strukturelle Rahmenbedingungen und fehlende klare Inrechnungstellung externer Kosten verursachten enormen Verzerrungen auf den aktuellen Strommärkten beseitigt sind.
- 7.3 Der EWSA begrüßt den vor kurzem veröffentlichten Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) über die Umgestaltung des Stromsektors in der EU und die Vermeidung der Abhängigkeit von Prozessen, durch die CO₂ freigesetzt wird (*Transforming the EU power sector: avoiding a carbon lock-in*). Ca. die Hälfte des in Europa produzierten Stroms wird nach wie vor aus fossilen Energieträgern erzeugt. In dem Bericht der EUA werden die aktuellen Strommarktentwicklungen mit den EU-Klimazielen für 2030 und danach verglichen. Der Ausstieg aus einer kohlenstoffintensiven Stromversorgung erfordert verstärkte Investitionen in alternative Konzepte in Verbindung mit geeigneten Förderrahmen.
- 7.4 Der EWSA stellt besorgt fest, dass Einzelheiten zu spezifischen Maßnahmen und Förderinstrumenten fehlen, was die weitere Förderung erneuerbarer Energieträger gefährden könnte.
- 7.5 Der EWSA weist nachdrücklich darauf hin, dass die Energiesicherheit überdacht werden muss, wenn sich die Zusammensetzung des Energiemixes einschneidend verändert – dieser Aspekt kommt in dem Paket zu kurz.

8. **Wirtschaft und Beschäftigung – Chancen**

- 8.1 Die Energiewende ist eine große Herausforderung für Europa, die Chancen für neue Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und das Wohlergehen aller Bürger eröffnet. In Anbetracht der mit solchen Veränderungen verbundenen Risiken und Gefahren ist es unerlässlich, eine ausgewogene Politik mit den geeigneten Maßnahmen zu entwickeln, um zu vermeiden, dass unsere Gesellschaft – bspw. die Arbeitnehmer (Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzqualität), Verbraucher und KMU – Schaden nimmt. Dazu aber müssen die Interessenträger – und somit der EWSA als wertvoller und relevanter Partner – in allen Phasen des Wandels eingebunden werden.
- 8.2 Eine weltweite Führungsrolle bei sauberen Technologien bedeutet auch, dass diese Technologien exportiert werden, was sowohl für die Wirtschaft als auch für die Umwelt vorteilhaft ist (NAT/690).
- 8.3 Forschung und Innovation sind eine entscheidende Voraussetzung für die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas und seine Vorreiterrolle im Bereich moderner Energietechnologien und Energieeffizienzlösungen. Die auf **schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie** (TEN/619) ausgerichtete Strategie sollte durch verstärkte Schwerpunktsetzung und konkrete Maßnahmen sicherstellen, dass Innovationen, die den Ausstieg aus fossilen Technologien ermöglichen, schneller verbreitet und rascher auf den Markt gebracht werden. Der EWSA kritisiert, dass kaum auf Grundlagenforschung und den potenziellen Beitrag der Forschung eingegangen wird. Der SET-Plan wird kurz angesprochen, aber leider nur aus dem industriellen Blickwinkel.
- 8.4 In dem Paket wird wiederholt auf Industrie, Arbeitsplätze und Wachstum als maßgebliche Aspekte von Innovation verwiesen; doch Innovation ist mehr. Neben industriellen Gesichtspunkten fallen dabei auch das Wohlergehen der Menschen und die Umwelt ins Gewicht.
- 8.5 Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission, ein „Industrieforum für saubere Energie“ zu errichten, das im Wege eines Bottom-up-Prozesses in den übergeordneten Ansatz eines Dialogs mit der Zivilgesellschaft und anderen Interessenträgern eingebettet werden könnte. Er betont die Bedeutung einer ausgewogenen Unterstützung der Forschungs- und Innovationskette von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis hin zu neuen Produktinnovationen.
- 8.6 Die enorme Aufgabe der wirtschaftlichen Umstrukturierung derjenigen Regionen, die gegenwärtig überwiegend von der Kohleindustrie abhängen, bedarf nach Meinung des EWSA sehr viel mehr Überlegung als dies in dem Paket der Fall ist.
- 8.7 Die Kapitalkosten von Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind in den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Nach Meinung des EWSA sind wirksame fiskalische und institutionelle Maßnahmen erforderlich, um diese diskriminierenden Bedingungen für Verbraucher und Investoren abzuschaffen oder einzuschränken.

8.8 In Südosteuropa gibt es umfangreiche, weitgehend noch ungenutzte Möglichkeiten für den Ausbau erneuerbarer Energien und ein bislang unausgeschöpftes Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften. Der EWSA fordert eine deutliche Steigerung der Förderung für Interessenträger, die die Umsetzung der Ziele der Energieunion in der Region vorantreiben. Damit würden den Verbrauchern und Investoren vor Ort im Einklang mit den Zielen des Pakets „Saubere Energie“ enorme Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet.

Brüssel, den 26. April 2017

Georges DASSIS

Der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
